

Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**der 15. Sitzung des Landtages Brandenburg
am Donnerstag, dem 9. Juli 2015, und am Freitag, dem 10. Juli 2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte die Präsidentin mit, dass der Antrag mit der Drucksache 6/1871 (Neudruck) durch den Antragsteller zurückgezogen wurde.

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Thema:

Für eine offene, diskriminierungsfreie Gesellschaft - Ehe für alle auch in Brandenburg!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/1898

vom 30.06.2015

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/1997

vom 08.07.2015

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 2 - Fragestunde

Drucksache 6/1923

vom 01.07.2015

Drucksache 6/1924

vom 02.07.2015

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 260 bis 268 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet.

TOP 3 - Schulfrieden in Brandenburg

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/1904

vom 30.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 4 - Die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen im Land Brandenburg verbessern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1899

vom 30.06.2015

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie überwiesen.

TOP 5 - Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1828

vom 23.06.2015

1. Lesung

Der Landtag lehnte den Gesetzentwurf in 1. Lesung ab; damit hat sich der Gesetzentwurf erledigt.

TOP 6 - Jugendliche und junge Menschen in Brandenburg

Große Anfrage 6 der CDU-Fraktion

Drucksache 6/635

vom 17.02.2015

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/1521

vom 22.05.2015

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 6 zur Kenntnis.

TOP 7 - Situation und Entwicklung des Gartenbaus im Land Brandenburg

Große Anfrage 4 der CDU-Fraktion

Drucksache 6/493

vom 23.01.2015

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/1150

vom 16.04.2015

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 4 zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1983

vom 07.07.2015

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/2011

vom 09.07.2015

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 8 - Rückbau von Windkraftanlagen in Brandenburg

Große Anfrage 5 der AfD-Fraktion

Drucksache 6/560

vom 04.02.2015

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/1319

vom 04.05.2015

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 5 zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/1995

vom 07.07.2015

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

in Verbindung damit:

Aktueller Stand und Planung Windenergie in Brandenburg

Große Anfrage 8 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/776

vom 03.03.2015

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/1661

vom 10.06.2015

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 8 zur Kenntnis.

TOP 9 - Gesundheitspolitik in Brandenburg

Große Anfrage 3 der CDU-Fraktion

Drucksache 6/421

vom 13.01.2015

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/1149

vom 16.04.2015

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 zur Kenntnis.

TOP 10 - Zu den gegen die Gültigkeit der Wahl zum 6. Landtag Brandenburg am 14. September 2014 erhobenen Wahleinsprüchen

Beschlussempfehlung und Bericht des Wahlprüfungsausschusses

Drucksache 6/1818

vom 25.06.2015

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an.

TOP 11 - Politische und personelle Verantwortung für 100.000 fluglärm Betroffene Bürger übernehmen - Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke in den Aufsichtsrat FBB

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1824, Neudruck

vom 23.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

in Verbindung damit:

Landesregierung muss handeln - Gesundheit der Bürger schützen, Gefahren für Anwohner am BER verhindern

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1825, Neudruck

vom 23.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

und

Kein Drehkreuz BER

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1826, Neudruck

vom 23.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 12 - Polizeistandort Zossen erhalten und ausbauen

Antrag des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe
Drucksache 6/1891, Neudruck
vom 30.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 13 - Ambrosiaausbreitung engagiert eindämmen und Handlungsmöglichkeiten der Kommunen stärken

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/1906, Neudruck
vom 30.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion
Drucksache 6/2010
vom 09.07.2015

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

Gemäß § 23 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages unterbrach die Präsidentin des Landtages die 15. Plenarsitzung und teilte mit, dass diese am darauffolgenden Tag fortgesetzt wird.

TOP 14 - Bericht über die Erfahrungen und Erkenntnisse im Umgang mit der Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete

Bericht der Landesregierung
Drucksache 6/1851
vom 25.06.2015

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 15 - Bahnhofssanierungskonzept für Brandenburg - neue Nutzungen für alte Bahnhofsgebäude ermöglichen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/1764
vom 15.06.2015

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung überwiesen.

TOP 16 - Für einen zeitgemäßen grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehr

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/1829

vom 23.06.2015

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 17 - Förderung von Sozialbetrieben

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/1854

vom 25.06.2015

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 18 - Erlöse aus der Digitalen Dividende II vollständig in Breitbandausbau investieren

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/1903

vom 30.06.2015

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

TOP 19 - Darstellung der Unterrichtsausfallstunden bei Zeugniserteilung

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1878

vom 26.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 20 - Einführung von direkt gewählten Migrationsbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1879

vom 26.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1978

vom 07.07.2015

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/2007

vom 08.07.2015

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 21 - Mautausweichverkehr unterbinden - Gesundheit der Bürger schützen

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/1905

vom 30.06.2015

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Britta Stark
Die Präsidentin

Anlagen

zum Beschlussprotokoll 6/15

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 15. Sitzung des Landtages Brandenburg

Beschluss des Landtages Brandenburg

Situation und Entwicklung des Gartenbaus im Land Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 9. Juli 2015 zum TOP 7 folgende EntschlieÙung angenommen:

„Gartenbau als Faktor regionaler Wertschöpfung stärken

Der Landtag stellt fest:

Der Gartenbau ist mit einer Wertschöpfung aus gartenbaulicher Tätigkeit von mehr als 230 Millionen Euro jährlich ein wichtiger Sektor der Brandenburger Agrarwirtschaft und trägt darüber hinaus durch seine vielfältigen Verflechtungen in den Regionen und zu anderen Bereichen in erheblichem Umfang zur wirtschaftlichen Leistung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche bei. Der Gartenbau soll in seinen vielfältigen Strukturen erhalten und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Die Gartenbauc Clusterstudie bietet dafür eine gute Grundlage und soll fortgeschrieben werden.

Das Land Brandenburg unterstützt die im Gartenbau tätigen Unternehmen, die auf ca. 10 500 Hektar gärtnerischer Nutzfläche Gemüse, Obst, Zierpflanzen und Baumschulerzeugnisse in verschiedenen Betriebsstrukturen, Anbauformen und Spezialisierungen anbauen, in ihrer zukünftigen Entwicklung bezogen auf Standortsicherung, Effektivitätssteigerung, Innovation, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Generationenwechsel, umweltverträgliche Nutzungen.

Der Obstbau steht in Brandenburg aktuell vor besonderen wirtschaftlichen Herausforderungen. Obst und Gemüse gehören zu einer gesunden und vitaminreichen Ernährung. Regionaler Anbau, Verarbeitung und Vermarktung sind erwünscht und werden vorrangig unterstützt. Der Berliner Markt ist gezielter, gerade auch wegen der wachsenden Nachfrage zu erschließen.

Mit mehr als elf Prozent Beschäftigten in der landwirtschaftlichen Primärproduktion sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen der Verarbeitung und Vermarktung ist der Gartenbau wichtiger Arbeitgeber und sichert vorrangig Beschäftigung in den ländlichen Regionen. Gärtnerisches Engagement und Kleingartenwesen stützen soziale Strukturen in den Kommunen, prägen das Landschaftsbild und dienen dem Gemeinwohl.

Brandenburg hat eine lange Tradition im Gartenbau. Gartenbaukunst und Landschaftsgestaltung prägen die Kulturlandschaft und gehören zum Kulturgut. Weit über die Landesgrenzen hinaus sind die einzigartigen und zahlreichen Garten- und Parkanlagen bekannt. Zur Tradition gehören inzwischen auch die Gartenschauen auf Bundes- und Landesebene, von ihnen gehen wichtige Impulse für die städtebauliche Entwicklung, den Tourismus sowie Freizeit und Erholung aus.

Gartenbau in Brandenburg soll auch in Zukunft vielfältig sein - dafür sind die Rahmenbedingungen zu verbessern und gezielte Förderungen zu entwickeln.

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Beteiligung des Berufsstandes in einer Konzeption Strategien zur Konsolidierung und zukunftsfähigen Entwicklung des Gartenbaus im Land Brandenburg zu erarbeiten.

Folgende Schwerpunkte soll die Konzeption beinhalten:

- Die Entwicklung der Gartenbaubetriebe und der Betriebe mit gartenbaulichen Erzeugnissen ist zu analysieren und zu bewerten.
- Aktuelle Einflüsse auf die Entwicklungen des Erwerbsgartenbaus wie die Umsetzung der EU-Agrarreform 2014 bis 2020, die Einführung des Mindestlohns und Änderungen der Rahmenbedingungen wie zum Beispiel im Pflanzenschutzrecht, Einfluss neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, Kostenfaktoren einschließlich Bürokratiekostensenkung, Vergabevereinfachungen sind darzustellen und in ihrer Wirkungsweise zu bewerten.
- Die einzelnen Sparten des Erwerbsgartenbaus und mit ihren regionalen Besonderheiten und ihren Entwicklungen sind zu analysieren und Handlungsvorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (Landesrecht, Infrastruktur, Standortsicherung, Förderung von Erzeugerorganisationen sowie investiv und flächenbezogen für die zweite Säule, Regionalplanung, Standortsicherung, Reduzierung des Flächenverbrauchs) aufzuzeigen. Dabei sollen insbesondere für den Obstbau gezielte Entwicklungsmöglichkeiten aufgeführt werden, um rückläufigen Entwicklungen des Obstbaus mit geeigneten Mitteln entgegen wirken zu können.
- Förderansätze zur gezielten Entwicklung und wirtschaftlichen Stabilisierung der gartenbaulichen Betriebe sowie für Investitionen in Verarbeitung und Vermarktung sind zu entwickeln sowie Projektförderungen zum Beispiel für Imker zu ermöglichen.
- Für die verschiedenen Anbauverfahren im Obst- und Gemüseanbau sind gezielte Förderansätze zu entwickeln sowie durch Fachberatung und wissenschaftliche Forschung zu begleiten. Der ökologische Obst- und Gemüseanbau soll besondere Unterstützung erhalten, um mit einem größeren Angebot der Nachfrage in Berlin und Brandenburg besser nachkommen zu können.

- Für den Generationenwechsel in den Gartenbaubetrieben sollen Strategien entwickelt werden, die das Interesse jungen Menschen an gärtnerischen Berufen frühzeitig wecken. Das können Informationsangebote, Unterstützung von Wettbewerben und Angebote für Schulgartenunterricht und gegebenenfalls Aufnahme in das Lehrprogramm sein.
- Strategien für einen Wissenschafts-Praxis-Dialog sind zu entwickeln, damit Innovationen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse gezielt und von wissenschaftlichen Einrichtungen begleitet in die Praxis überführt werden können.
- Die Landesgartenschau 2019 soll unter anderem aus dem Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) unterstützt werden. Die Durchführung von Gartenschauen nach 2020 ist im Rahmen der dann gegebenen Fördermöglichkeiten zu prüfen und anzustreben.
- Das gartenbauliche und landwirtschaftliche Versuchswesen soll im Land Brandenburg erhalten werden. Für das Projekt ‚Obstgenetische Ressourcen‘ am Standort Müncheberg ist eine Finanzierung in der Förderperiode 2014 bis 2020 aus der Projektförderung im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) zu prüfen.
- Die Konzeption ist bis 2017 zu erarbeiten. Dem Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landtages ist 2016 über den Fortgang und die Fördermöglichkeiten zu berichten.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

**Zu den gegen die Gültigkeit der Wahl zum 6. Landtag Brandenburg
vom 14. September 2014 erhobenen Wahleinsprüchen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 9. Juli 2015 zum TOP 10 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag folgt der aus der Anlage ersichtlichen Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu den Wahleinsprüchen 8.1 bis 8.3.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss
in der Wahleinspruchssache des Herrn H. aus P.
Az.: WPA6/LTW14/8.1 bis 8.3
gegen die Gültigkeit der Wahl zum 6. Landtag Brandenburg
vom 14. September 2014

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 9. Juli 2015 beschlossen:

Der Wahleinspruch wird zurückgewiesen.

I. Sachverhalt

Mit Fax vom 10. Mai 2015 erhob der Einspruchsführer in drei Fällen gegen die Gültigkeit der Wahl zum 6. Landtag des Landes Brandenburg am 14. September 2014 Einspruch.

Der Einspruchsführer beantragte gemäß § 1 Absatz 3 des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes Brandenburg (Wahlprüfungsgesetz) festzustellen, dass die Abgeordneten Thomas Jung, Andreas Kalbitz sowie Steffen Königer ihre Mitgliedschaft zum Landtag Brandenburg gemäß § 41 des Brandenburgischen Wahlgesetzes verloren haben.

Eine Begründung wurde jeweils nicht abgegeben.

Mit Schreiben vom 10. Juni 2015 wurde dem Einspruchsführer der Eingang der Schreiben bestätigt sowie die Aktenzeichen und das weitere Prozedere mitgeteilt.

Das zuständige Einwohnermeldeamt hatte bereits mit Schreiben vom 17. November 2014 zum Wahleinspruch WPA6/LTW14/2 mitgeteilt, dass der Einspruchsführer wahlberechtigt und somit einspruchsberechtigt gewesen sei.

Der Wahlprüfungsausschuss hat nach Prüfung der Sach- und Rechtslage davon abgesehen, weitere Informationen sowie ein vom Einspruchsführer gewünschtes Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages Brandenburg einzuholen bzw. Zeugen zu vernehmen und Sachverständige anzuhören.

II. Entscheidungsgründe

Die Einsprüche in Form von Anträgen gemäß § 1 Absatz 3 des Brandenburgischen Wahlprüfungsgesetzes wurden frist- aber nicht formgerecht eingelegt.

Gemäß § 2 Absatz 3 des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes Brandenburg (Wahlprüfungsgesetz - WPrüfG) sind Einsprüche schriftlich beim Präsidenten des Landtages einzureichen und zu begründen.

Zwar handelt es sich im vorliegenden Fall um keine Einsprüche gemäß § 1 Absatz 1 Wahlprüfungsgesetz, sondern um Anträge gemäß § 1 Absatz 3 WPrüfG. Jedoch bestimmt § 1 Absatz 4 WPrüfG, dass für Anträge die Regelungen über Einsprüche entsprechend gelten, soweit nicht etwas Anderes ausdrücklich bestimmt ist. Das ist nicht der Fall.

Die Begründung eines Einspruchs muss mindestens den Tatbestand, auf den die Anfechtung gestützt wird, erkennen lassen und genügend substantiierte Tatsachen enthalten. Die Wahlprüfung findet also weder von Amts wegen statt (Offizialprinzip), noch erfolgt sie stets in Gestalt einer Durchprüfung der gesamten Wahl (Totalitätsprinzip). Vielmehr richtet sich ihr Umfang nach dem Einspruch, durch den der Einspruchsführer den Anfechtungsgegenstand bestimmt (BVerfGE 40, 11 [30]).

Da dies in allen drei Fällen nicht erfolgt ist, sind die Einsprüche unzulässig und somit zurückzuweisen.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen die Entscheidung des Landtages ist gemäß Artikel 63 Absatz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg die Beschwerde an das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg zulässig. Die Beschwerde kann gemäß § 12 des Wahlprüfungsgesetzes in Verbindung mit § 12 Nummer 7 und § 50 des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg innerhalb einer Frist von zwei Monaten seit der Zustellung der Entscheidung des Landtages beim Verfassungsgericht erhoben werden; die Beschwerde ist innerhalb dieser Frist zu begründen.

Beschwerdeberechtigt ist ein Wahlberechtigter, dessen Einspruch vom Landtag verworfen worden ist, wenn ihm hundert Wahlberechtigte beitreten. Die Wahlberechtigten, die einem Wahlberechtigten als Beschwerdeführer beitreten, müssen diese Erklärung persönlich und handschriftlich unterzeichnen; neben der Unterschrift sind Familienname, Vornamen, Tag der Geburt und Anschrift (Hauptwohnung) des Unterzeichners anzugeben.

Beschluss des Landtages Brandenburg

Für einen zeitgemäßen grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehr

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 10. Juli 2015 zum TOP 16 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss ‚Ein leistungsfähiger Schienenverkehr zwischen Berlin-Brandenburg und unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarländern‘ vom 23. Februar 2011 (Drucksache 5/2818-B) und bekennt sich zur aktiven Fortentwicklung des schieneengebundenen Verkehrs zwischen der Metropolregion Berlin-Brandenburg und ihren mittel- und osteuropäischen Nachbarn als Beitrag zu einem modernen, leistungsfähigen transeuropäischen Verkehrssystem auf der Schiene. Er unterstützt dabei ausdrücklich die im Rahmen der Oder-Partnerschaft und bilateraler Vereinbarungen initiierten Aktivitäten und setzt sich für weitere derartige Abstimmungen und Angebotsverbesserungen ein.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auch weiterhin nachdrücklich für einen beschleunigten Ausbau der Schieneninfrastruktur zwischen der Region Berlin-Brandenburg und den Nachbarländern Republik Polen und der Tschechischen Republik einzusetzen. Schwerpunkte der Fernverkehrsoptimierung und der Infrastrukturentwicklung hierbei sollen sein:
 - a) Langfristig sind attraktive Verbindungen mit kurzen Reisezeiten nach Warszawa und Kraków, zu den westpolnischen Metropolen Szczecin, Poznań und Wrocław, zur polnischen Ostseeküste und in das Riesengebirge anzustreben.
 - b) Von besonderem Interesse für das Land Brandenburg sind Verbesserungen in Infrastruktur und Bedienung der Verbindungen nach Szczecin, Poznań und Wrocław.
 - c) Im Zusammenhang mit der Eröffnung des Verkehrsflughafens BER sollen attraktive (Umsteige)Verbindungen zu den polnischen Metropolen hergestellt werden.

- d) Die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG sind bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für den grenzüberschreitenden Fernverkehr weiter auf den Ausbau der Ost-Westachsen zu orientieren.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Förderung von Sozialbetrieben

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 10. Juli 2015 zum TOP 17 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Die Arbeitslosigkeit ist in Brandenburg in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Von diesem positiven Trend konnten Langzeitarbeitslose ebenfalls profitieren. Jedoch bleibt ihr Anteil an allen Arbeitslosen mit rund 40 Prozent weiterhin hoch. Durch gezielte Förderung und Integration von Langzeitarbeitslosen im Rahmen von sozialbetrieblichen Strukturen kann der Weg in reguläre Beschäftigung ermöglicht und damit ein Leben in Armut verhindert werden.

Die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit ist in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) eine prioritäre Aufgabe für die Arbeitsmarktpolitik des Landes. Ein zentraler Baustein dafür ist die ‚Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften‘. Ein weiterer spezifischer Handlungsansatz ist die Integration und gezielte Förderung von Langzeitarbeitslosen in geförderter Beschäftigung im Rahmen von Sozialbetrieben.

Mit dem Beschluss des Landtages vom 26. September 2013 ‚Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration von arbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen durch eine zielgruppenspezifische Förderung‘, Drucksache 5/7996-B, wurden bereits erste Weichen für die Umsetzung des Operationellen Programms 2014 bis 2020 für den ESF in dieser Wahlperiode gestellt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. bis zum Jahresende unter Einbeziehung bisheriger Erfahrungen ein Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung von Sozialbetrieben zu entwickeln. Darin sollen Grundbedingungen für die Förderwürdigkeit von Sozialbetrieben enthalten sein wie
 - ein erfolgsversprechender Businessplan,
 - eine eigene Wertschöpfung durch Produkte und Dienstleistungen,

- keine Entlohnung unterhalb des Mindestlohnes,
 - sozialversicherungspflichtige Beschäftigung,
 - individuell und längerfristig gestaltete Beschäftigungsverhältnisse mit einer Übergangsmöglichkeit in reguläre Beschäftigung;
2. ESF-Mittel für Anleitung, Coaching, sozialpädagogische Begleitung und Rückfallmanagement der angestellten ehemaligen Langzeitarbeitslosen zur Verfügung zu stellen;
 3. für die Unterstützung und Ausweitung der Sozialbetriebe bei den Landkreisen und kreisfreien Städten, den Kommunen und den Kammern zu werben, mit dem Ziel, Anreize für eine kommunale Auftragsvergabe an Sozialbetriebe zu geben;
 4. sich beim Bund
 - für die Schaffung neuer, stabiler Rahmenbedingungen für sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung, einschließlich der Sicherung der Finanzierung aus Mitteln des Eingliederungsbudgets sowie des Passiv-Aktiv-Transfers,
 - für die Möglichkeit der Verlängerung der nach § 16e SGB II auf maximal 24 Monate begrenzten Dauer der Förderung von Arbeitsverhältnisseneinzusetzen.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Einführung von direkt gewählten Migrationsbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 10. Juli 2015 zum TOP 20 folgende Entschließung angenommen:

„Der Landtag stellt fest:

Die gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund erfordert gesellschaftliche und politische Teilhabe. Solange nicht allen diesen Menschen ein kommunales Wahlrecht zusteht, haben die Beiräte für Migration und Integration eine wichtige Funktion zur Schaffung einer Willkommenskultur und bei der gesellschaftlichen Integration.

Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Landkreise und kreisfreien Städte Migrationsräte bilden.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf der Bundesebene weiterhin für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländerinnen und Ausländer einzusetzen.“

Britta Stark
Die Präsidentin